



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 686 890

P/XV/56 - 8. März 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3	<u>Es geht um den gerechten Mietpreis!</u> Vor dem zweiten Bundesmietengesetz Von Dr. Julius Brecht, MdB	124
4	<u>Mit offenem Visier</u> Zu den Kommunalwahlen in Bayern	21
4	<u>Den Straßentod bekämpfen!</u> Unfallstatistik zwingt zum schnellen Handeln	25
5	<u>Hilfe ohne Hintergedanken</u> Erweitertes Hilfsprogramm der UNO für Entwicklungsländer Von Bruno Kuster, Genf	47
6 - 7	<u>Gespräch über den Graben</u> Katholiken und Sozialdemokraten trafen sich in Königstein	82

* * *
* *

Es geht um den geringsten Mietpreis 1

Von Dr. Julius Brocht, MdB

Schon die ersten Beratungen des Regierungsentwurfes für ein zweites Bundesmietengesetz, mit dem die mehrfach angekündigten Mieterhöhungen bis 36 Prozent durchgesetzt werden sollen, machten erneut deutlich, daß es einen großen Bestand an Altwohnungen gibt, bei denen von vornherein jede Mieterhöhung ausgeschlossen sein muß. Da sind die schlechten und primitiven Behausungen, die überhaupt keinen zivilisatorisch geltenden Wohnungswert mehr haben, der eine Mieterhöhung rechtfertigen kann. Solche Wohnungen gibt es nahezu überall, in den Großstädten und Mittelstädten ebenso auf dem Lande. Sie kommen auch in allen Wohnformen vor, in den mehrgeschossigen Miethäusern ebenso, wie in ein und zweigeschossigen Häusern. Sie stammen meist noch aus der unseligen Gründerzeit, aber ebenso gibt es sie in den noch vorhandenen ganz alten Häusern: aber sie sind leider auch in Häusern aus der Zeit vor und nach dem ersten Weltkrieg anzutreffen.

Slumwohnungen und "Bruchbuden"

Im Ausland gibt es für solche Wohnungen einen treffenden Ausdruck, der sich international eingebürgert hat und der in etwa auch auf unsere Verhältnisse zutrifft: Slumwohnungen. Bei uns kommen zu den Slumgebieten, die wir leider auch haben, vielfach noch die ausgesetzlich trostlosen und anklagenden Gebäudereste aus den Kriegszerstörungen, die oft ne an neuen Geschäftspalästen stehen und die nur elende Hausstrünke sind. Vor allem aber: im Ausland werden Slumgebiete von Bewohnern leergeräumt und alsbald in einem Sanierungsverfahren abgerissen, während sie bei uns noch sämtlich bewohnt sind und meist sogar statistisch als "Normalwohnungen" gezählt und dem Wohnbedarf von Familien gegenübergestellt werden.

Diese schauerhaften Komplexe unserer Wohnversorgung, die im krassen Gegensatz zum vielgelobten Wirtschaftswunder stehen und die allen Kommunalpolitikern große Sorgen machen, führten schon 1955 beim ersten Bundesmietengesetz zu scharfen Diskussionen. Damals ist auch der Ausdruck "Bruchbuden" geprägt und im Gesetz ein besonderer "Bruchbudenparagraf" eingeführt worden. Die damaligen Mieterhöhungen von 10-20 Prozent durften auf solche Bruchbuden nicht angewendet werden. Als Bruchbuden wurden Wohnungen angesehen, "wenn und solange Mängel vorliegen, welche die Benutzbarkeit des Wohnraumes unter Berücksichtigung der örtlichen Wohnverhältnisse oder Wohngewohnheiten offensichtlich erheblich beeinträchtigen" und ferner eine ganze Kategorie von Wohnungen, die in einem Katalog des Gesetzes aufgezählt sind, nämlich "Kellerwohnungen, Bunkerwohnungen, Wohnungen in Behelfsheimen und Kissenbetten sowie für sonstige behelfsmäßige Unterkünfte."

Bedauerliche Gedankenlosigkeit

Es war ganz klar, daß dieses Problem der Bruchbuden bei dem neuen Mietengesetz wieder aufkommen mußte. Durften die Mieten dieser Wohnungen schon damals nicht erhöht werden, so mußte jede neue Mieterhöhung, die zu dem fast das Doppelte derjenigen im Jahre 1955 erreicht, völlig ausgeschlossen sein. Darüber konnte es überhaupt keine Frage geben. Der Regierungsentwurf und die interessanten Änderungsanträge

der CDU-Fraktion zur Regierungsvorlage sehen aber nur vor, daß der "Bruchbudenparagraf" des Ersten Bundesmietengesetzes unverändert in das neue Gesetz übernommen werden sollte. In dieser Gleichbehandlung einer erstrengigen wohnungspolitischen Aufgabe lag eine bedauerliche Gedankenlosigkeit! Was ist nicht alles seit 1955 an Ruhm und Erfolg für unsere amtliche Wohnungspolitik geltend gemacht wurde, wie oft und eindringlich sind die großen Erfolge gerühmt worden! Wie laut wurde schon verkündet, daß wir nahezu am Ende der Wohnungsnot wäre! Es mußte deshalb für jedem klar sein, - wenn die Elogen wirklich stimmen - daß wir heute einen viel strengeren Maßstab anzulegen haben und dass heute zahlreiche andere Wohnungen in die Kategorie der "Bruchbuden" einzureihen sind als damals. Was 1955 unter einer wesentlich größeren Wohnungsnot noch als Normalwohnung hingenommen werden mußte, was damals noch als halbwegs zumutbare Wohnung anzusprechen war, durfte fünf Jahre danach einfach nicht mehr als Normalwohnung gelten. Ihre Mieten durften gerade noch 1955, aber nicht mehr 1960 erhöht werden.

In diesen verflissenen fünf Jahren konnte ja auch viel für die Instandsetzung und Wohnungsverbesserung getan werden, nachdem alle früheren Mieterhöhungen damit u. a. begründet wurden, die Hausbesitzer würden die erhöhten Mieten zur besseren Pflege ihres Eigentums benötigen. Außerdem wurden in dieser Zeit mehrere hundert Millionen IAG-Leistungen durch das Erlaßverfahren freigestellt, womit auch Kriegsschäden beseitigt und unterlassene Instandsetzungen nachgeholt wurden. Zur gleichen Zeit hat die Bundesregierung mehrere Maßnahmen mit rund 200 Millionen Instandsetzungskrediten für den Hausbesitz durchgeführt. Auch deshalb mußte jetzt viel strengere Maßstäbe an den Bruchbudenbegriff angelegt werden.

Bessere Erkenntnisse der Opposition

Auf diesen geradezu selbstverständlichen und wohnungspolitisch unerläßlichen Gedanken, den Bruchbudenparagrafen im Jahre 1960 wesentlich zu verschärfen und mehr Wohnungen als 1955 von jeder Mieterhöhung ganz auszuschließen, sind Bundesregierung und Regierungsparteien nicht gekommen. Erst die Opposition hat wieder einmal darauf hinweisen müssen, daß ein wohnungspolitisch- sozialer und gesundheitlicher Notstand im Jahre 1960 nicht mit demjenigen des Jahres 1955 gleichgestellt werden darf. Es ist dem auch der SPD erfreulicherweise gelungen, daß ihre besseren Erkenntnisse angenommen und daß der Bruchbudenparagraf erheblich verschärft, nämlich verschärft wird. So ist zugestanden worden, in den alten Katalog auch alle Wohnungen einzubeziehen, die baupolizeilich als abbruchreif erklärt sind.

Es ist geradezu selbstverständlich, daß deren Mieten nicht erst noch vor dem Abbruch gesteigert werden dürfen. Bei einer umfassenderen Regelung müßten eigentlich darüber hinaus alle Wohnungen, die in sogenannten Sanierungsgebieten liegen oder für demnächst nach dem kommenden Bundesbaugesetz eine Sanierung vorgesehen wird, von der Mieterhöhung ausgenommen werden. Das ist aber bisher vom

Wohnungsbauminister und der CDU abgelehnt worden. Es wäre aber unbedingt notwendig, weil sonst die Grundstückswerte erst durch die Erhöhung der Mieten gesteigert und dann deshalb bei der Sanierung erhöhte Entschädigungen aus den Mitteln der Allgemeinheit verlangt werden. Dagegen erklärte sich die CDU auf Grund der dringenden Vorstellungen der SPD-Abgeordneten bereit, die allgemeinen Bestimmungen zu verdeutlichen und zu verschärfen, namentlich wenn die Klosetts bei Wohnungen in städtischen Mietshäusern noch auf dem Hof sind oder eine Toilette von mehreren Familien und Haushaltungen benutzt werden muß. Es sollte dazu eine Formulierung gefunden werden, die den durchaus fassbaren Wohnwert angemessen berücksichtigt. Schließlich muß die Vorschrift, daß die Mieten bei solchen und ähnlichen Mißständen überhaupt nicht erhöht werden dürfen, auch dazu führen, daß die in allen Mieten liegenden Anteile für die Instandsetzung überall und restlos für den Instandsetzungszweck verwendet werden.

Kein Profit aus Mangellage ziehen!

Auf Grund dieser Überlegungen haben die SPD-Abgeordneten noch gefordert, die kommende Mieterhöhung für alle die Wohnungen auszuschließen, bei denen in den vergangenen zehn Jahren noch überhaupt keine Instandsetzungen gemacht worden sind. Das hat der Wohnungsbauminister und die CDU abgelehnt. Die Ablehnung ist nicht verständlich, denn eine solche Bestimmung könnte ja nur ganz wenige Hausbesitzer und nur solche treffen, die gar keinen Anspruch auf bessere Grundstückserträge haben, weil sie für ihr Eigentum über Jahre hinweg nichts aufgewendet haben und es nur als Rentenquelle benutzen. Es wird immer gesagt, nur wenige Hausbesitzer können ihren Verpflichtungen nicht nach, die meisten würden schon aus eigenem Interesse alles tun, um ihre Häuser instandzuhalten und zu verbessern. Wenn das stimmt, dann sollten Mieterhöhungen und damit erhöhte Grundstückserträge jetzt erst recht denen versagt werden, die diese selbstverständliche Eigentumspflicht bisher nicht erfüllt und nichts getan haben, daß auch ihre Mieter in besserer Umgebung und in anständigen Häusern und Wohnungen leben können.

Diese soziale Rücksicht auf die Wohnungskonsumenten müßte doch zu dem neuen Klima der Wohnversorgung gehören, denn noch sind diese Mieter gezwungen, wohnen zu bleiben, weil es nicht genügend andere gute Wohnungen gibt. Aus der Mangellage und der Wohnungsnot darf kein Profit gezogen werden, d.h. auch keine Mieterhöhung, wenn seit zehn Jahren nichts für die Instandsetzung getan worden ist.

mit offenem Visier

sp - Zu den Gemeinde- und Kreistagswahlen im Bundesland Bayern am 27. März haben die Sozialdemokraten als einzige Partei in allen Städten und 142 Landkreisen (mit Ausnahme im Landkreis Griesbach-Rottal) eigene Wahlvorschläge eingereicht. Entsprechend ihrer Tradition geht die Sozialdemokratie also mit offenem Visier in diese Wahlen. Sie versteckt sich nicht hinter häufig nicht ganz durchschaubare Wählergruppen, sondern stellt sich vor die Bürger des Landes mit ihrer klaren kommunalpolitischen Konzeption. Das ist nicht verwunderlich, denn die Sozialdemokratie hat auch in Bayern seit Jahrzehnten eine gewissenhafte Schulung ihrer Kommunalvertreter und des Nachwuchses durchgeführt und kann auch in diesem Jahre wieder bei der Aufstellung der Kandidaten auf eine große Reserve von Frauen und Männern zurückgreifen, die bereits in der Vergangenheit Erfahrungen auf dem Gebiet der Kommunalpolitik gesammelt haben. Damit erfüllt die Sozialdemokratie auch in Bayern eine große staatspolitische Aufgabe. Sie stellt sich den Wählern mit einem kommunalpolitischen Programm vor, das keine Mißdeutung zuläßt, und dessen Vertreter es nicht notwendig haben, auf Umwegen und durch Hintertüren zu versuchen, ans Ziel zu kommen. Auch wenn die Sozialdemokratie zur Zeit nicht in der Landesregierung vertreten ist, so wiegt doch ihr Gewicht auf kommunaler Ebene als einer der entscheidenden Faktoren unseres demokratischen Lebens.

+ + +

Den Straßentod bekämpfen!

sp - Der Verkehrsausschuß des Bundestages wird noch in diesem Monat eine öffentliche Informationssitzung durchführen, bei der Interessenvertreter, Sachverständige und alle Sparten der Verkehrsteilnehmer gehört werden sollen. Wie notwendig es ist, dem Verkehrsproblem, das sich zu einem öffentlichen Notstand ausgeweitet hat, zu Leibe zu rücken, belegt die letzte Statistik über die Verkehrsunfälle in der Bundesrepublik. Fast 14 000 Menschen, genau genommen jeden Tag 37, fanden im vergangenen Jahr den Tod durch Verkehrsunfall auf den Straßen; die Zahl der Verletzten beträgt über 400 000 - wieviele davon lebenslänglich Krüppel bleiben, vermag die Statistik nicht zu sagen. Die Kurve der Verkehrsunfälle geht von Jahr zu Jahr nach oben, das letzte Jahr hatte mit einer rund zwölfprozentigen Steigerung im Vergleich zu 1958 den bisher höchsten Stand an Opfern der Straße erreicht. Die Bundesrepublik hat den traurigen Ruf erworben, das verkehrsunfallreichste Land in der Welt zu sein - gewiss kein schmeichelhafter Ruf. Eine radikale Bekämpfung aller Übelstände im Straßenverkehr ist das Gebot des Tages. Für die öffentliche Informationssitzung des Verkehrsausschusses sind eine Reihe von Fragen in Bearbeitung, von deren Beantwortung durch Sachverständige man Hinweise auf neue Mittel und Wege der Unfallbekämpfung erhofft. Bei den Hinweisen sollte es freilich nicht allein bleiben; wenn sich die Notwendigkeit gesetzgeberischer Maßnahmen erweist, dürfen diese nicht lange auf sich warten lassen. Die steigende Zahl von Verkehrstoten mahnt zum raschen Handeln - ganz abgesehen von den in die Milliarden gehenden materiellen Schäden, die durch Verkehrsunfälle verursacht werden.

+ + +

Hilfe ohne Hintergedanken

Von Bruno Kuster, Genf

In letzter Zeit erheben sich immer häufiger Stimmen gegen eine neue Form des "Imperialismus", der unter dem Deckmantel der Hilfe an Entwicklungsländer bestrebt ist, die Bevormundung über ehemalige Kolonien aufrecht zu erhalten. Solange auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe nicht nur der west-östliche Gegensatz, sondern auch ganz einfach nationale Rivalitäten ausgefochten werden, kann kaum eine Besserung erwartet werden. Natürlich schadet eine so aufgefasste "Entwicklungshilfe" mehr als sie nützt.

Der große Vorteil der von den verschiedenen Organen der UNO geleiteten technischen und wirtschaftlichen Hilfe an die Entwicklungsländer besteht gerade darin, daß hier nationalistische Fischezüge ausgeschlossen sind.

Im laufenden Jahr werden vom sogenannten Erweiterten Programm der technischen Hilfe etwa 35 Millionen Dollars für die Entsendung von Experten und die Bereitstellung von Stipendien ausgegeben. Diese Mittel stammen aus freiwilligen Regierungsbeiträgen. Über hundert Länder und Territorien stehen im Genuss dieser Hilfe. Ungefähr 1200 verschiedene Projekte werden ausgeführt werden.

Da diese Form der Hilfe an die Entwicklungsländer schon seit zehn Jahren besteht, werden dieses Jahr gewisse Projekte, die schon früher begonnen wurden, weitergeführt, bis einheimische Kräfte die Arbeiten auch ohne ausländische Ratgeber fortsetzen können. Ein derartiges, verhältnismäßig langfristiges Projekt gilt zum Beispiel der Schaffung einer ausreichenden Existenzgrundlage für die Millionen Anden-Indianer Südamerikas. Ebenso erfordert die Bekämpfung verschiedener Seuchen, wie der Malaria, daß die Beratung der zuständigen Gesundheitsbehörden während Jahren weitergeführt wird.

Das diesjährige Programm weist insofern eine bedeutungsvolle Neuerung auf, als einige Projekte die friedliche Auswertung der Atomenergie betreffen. Die Internationale Atomenergiebehörde in Wien wurde aufgerufen, in Argentinien, Thailand, der Türkei, den Philippinen, in Mexiko und weiteren Ländern ihren technischen Beistand zu leihen.

Das Erweiterte Programm der technischen Hilfe ist anpassungsfähig genug, um auch plötzlich auftretenden Notfällen gerecht werden zu können. Als zum Beispiel ein Brand die afghanische Staatsdruckerei zerstörte, war das Land ohne Zeitungen und Zeitschriften. Eine Überbrückungshilfe verkürzte den Ausfall.

Im laufenden Jahr werden 2375 Experten, die in allen Ländern der Welt rekrutiert werden, eingesetzt werden können. Andererseits sind über 2000 Stipendien für Studenten aus Entwicklungsländern vorgesehen, um deren theoretische oder praktische Weiterbildung im Ausland zu ermöglichen. Immer häufiger stellen auch Entwicklungsländer selbst Experten, wodurch sich das Programm der technischen Hilfe allmählich in einen internationalen technischen Erfahrungsaustausch verwandelt und damit sehr viel zur gegenseitigen Annäherung der Völker beitragen kann.

Gespräch über den Graben

AvG. - Über hundert Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben, katholische Christen und demokratische Sozialisten, trafen sich auf Einladung der Rabanus-Maurus-Akademie in Königstein zu einem Gespräch über "Partei, Weltanschauung, Kirche". Die Vertreter der SPD waren aufgefordert, "eine präzise, authentische, verbindliche Interpretation" des Godesberger Programms zu geben. Trotz des Referates von Jesuitenpater Oskar Simmel über "Das Selbstverständnis der Kirche und ihr Verhältnis zur deutschen Sozialdemokratie" wollten die Vertreter der Kirche, wie Tagungsleiter Dr. G. Gebhardt anmerkte, in erster Linie Zuhörende und Fragende sein.

Der erste Gesprächsbeitrag, von Dr. H. Scharn, Frankfurt/K., erhellte das Verhältnis von Katholizismus und Sozialismus in Deutschland in der Vergangenheit. Er erinnerte daran, daß die katholische Politik durch den Kulturkampf provoziert worden sei, den das katholische Kirchenvolk als Trauma z.T. immer noch mit sich herumtrage. Aus sich, nach dem Scheitern einer Kontaktaufnahme zwischen Kettler und Lasalle, die Arbeiterschaft dem Marxismus zuwandte, hätte er den "Graben" aufgetan, über den noch vor fünfzig Jahren der katholische Sozialdemokrat in einen tiefen Gewissenskonflikt gestürzt wäre. Und diese Vergangenheit könnte auch heute noch nicht einfach weggewischt werden.

Der zweite Gesprächsbeitrag, von Willi Eichler, nahm den historischen Faden auf und verknüpfte ihn mit der Entwicklungsgeschichte des demokratischen Sozialismus, der als "Protest gegen die Unterdrückung und als Hoffnung auf eine menschenwürdige Ordnung der Gesellschaft" seine Wurzeln in spätem Mittelalter hätte. Protest wie Hoffnung wären verschiedentlich in die Irre gegangen, etwa im Liberalismus, oder im Bolschewismus, doch habe der sittliche Kern des Sozialismus all seine Verzerrungen unbeschadet überdauert, als jener Katalog von Grundwerten und Grundforderungen, die im Godesberger Programm aufgeführt wären, und die von allen vernünftigen Menschen solidarisch verwirklicht werden sollten.

Der dritte Gesprächsbeitrag, von Kultusminister Prof. Dr. G. Schütte, stellte klar, daß die SPD in ihrem neuen Grundsatzzprogramm darüber hinaus durch die Anerkennung des Öffentlichkeits-Anspruchs der

Kirche dem Sozialismus die Dimension des Religiösen wiedergabegeben hätte. Mehr allerdings könnte die Kirche im politischen Raum nicht erwarten, für den der Pluralismus der Religion ein sozialer Tatbestand darstellte. Keine wahrhaft demokratische Partei dürfte sich oder den von ihr mitgetragenen Staat auf ein bestimmtes religiöses Bekenntnis festlegen, weil dadurch in totalitärer Weise die Freiheit aller anderen Bekenntnisse bedroht würde. Weder ließe sich die im politischen Raum erforderliche Verantwortungsethik auf eine bestimmte Gesinnungsethik zurückführen, noch gälten reine Sachlösungen als gut, wenn sie christlich begründet, sondern wenn sie politisch faktisch besser wären. Er warnte die Kirchen davor, im Staat als eine Art pressuregroup aufzutreten, denn: "Eine herrschsüchtig erscheinende Kirche erschwert die Annäherung an die Wahrheit und Liebe Christi".

Der vierte Gesprächsbeitrag war der von Jesuitenpater Oskar Simmel. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß auch durch das neue Grundsatzprogramm nicht alle Grundsatzdifferenzen im Verhältnis von Katholischer Kirche und Sozialdemokratie ausgeräumt sind. So ist für katholisches Verständnis die Kirche nicht "eine von vielen". Sie ist allein und ungeteilt der "Leib Christi", die "Wahrerin der unaussprechlichen Fülle der Gnaden", das "Volk mit eigener Ordnung und echten Autoritäten aus innerster Wesensanlage". Und die so verstandene Kirche kann einzig und allein der Staat als Partner anerkennen, der wie die Kirche als eine "letzte Instanz mit von Gott gegebener Autorität" begriffen wird. Eine Gesellschaftslehre, die meint, von der Gottbezogenheit des Staates absehen zu können, ist mit der katholischen Soziallehre unvereinbar.

Das war für das eindeutig weltliche Staatsverständnis der anwesenden Sozialdemokraten ein harter Brocken. Allerdings zeigte die Diskussion, daß auch im katholischen Lager die Entwicklung eine gewisse Variationsbreite von jenen Anschauungen begünstigt hat, von denen nicht das ewige Seelenheil abhängt. Zum Beispiel trat man ebenso geschlossen wie entschlossen für das Recht auf eine "katholische Erziehung" ein, ohne sich dabei auf nur eine mögliche Verwirklichung, etwa in der Konfessionsschule, zu versteifen. Es besteht also berechtigte Hoffnung, daß auch das Maß, mit dem der "Raum für das Katholischsein des Katholiken in der SPD" zu bestimmen ist, keine starre Elle sein wird.

Die Teilnehmer am Königsteiner Gespräch gingen auseinander mit der Erkenntnis, daß es bis zu einem entsprechenden "Königsteiner Abkommen" noch ein schönes Stück Weg sein wird, daß aber ein Weg da ist und auch ein Ziel, das manche Anstrengung rechtfertigt. "Lassen Sie uns Zeit", bat ein katholischer Gesprächsteilnehmer, "die SPD hat sich auch nicht in ein paar Stunden bekehrt". Das stimmt schon, aber Willi Eichler gab zu bedenken, daß man soviel Zeit auch nicht mehr besäße: "Wir wollen uns nicht erst im nächsten KZ wieder über verpaßte Chancen unterhalten".

+ + +

Verantwortlich: Ginter Markscheffel